

# Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis M. 3.00 vierteljährlich, M. 1.10 monatlich; durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk M. 3.30, im sonstigen In- und Auslande M. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad  
Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif.  
Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. G. A. Nr. 164 In Wildbad: Wilhelmstraße 99 Samstag, den 26. Juli 1919. In Calmbach: Hauptstraße 109 Jahrgang 53

## Tageschau.

Laus „Ezelsfor“ ist der Friedensvertrag mit Bulgarien fast abgeschlossen. Bulgarien soll eine Entschädigung von etwa einer Milliarde bezahlen, wovon der größte Teil den Rumänen und Serben und der Rest den Griechen zufallen soll.

Gestern fand in Berlin die Gründungsversammlung des Ehrenamtschusses für die Flüchtlingsfürsorge statt, an der viele Vertreter der Behörden, des Roten Kreuzes und der Grenzschutzverbände teilnahmen. Reichspräsident Ebert hat den Ehrenvorsitz übernommen.

„Echo de Paris“ glaubt, der Friedensvertrag werde durch die Kammer am 6. August, durch den Senat am 15. August ratifiziert werden.

Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung, daß die Lederzwangswirtschaft aufgehoben sei, ist unzutreffend.

Auf den Gruben des Berner Braunkohlereviers ist gestern der seit längerer Zeit erwartete Lohnstreik ausgebrochen. Die Betriebe liegen still; nur die sogenannten Notstandsarbeiten werden ausgeführt.

## Sonntagsgedanken.

Das Unvermeidliche mit Würde tragen.

„Im Glück nicht stolz sein und im Leid nicht zagen,  
Das Unvermeidliche mit Würde tragen,  
Das Rechte tun, an Schönen sich erfreuen,  
Das Leben lieben und den Tod nicht scheuen,  
Und fest an Gott und bessere Zukunft glauben,  
Heißt leben, heißt dem Tod sein Bitteres rauben.“

Karl Strechfuß, 1788—1842

## Wochenrundschau.

Das Programm der Reichsregierung ist am 23. Juli vom Reichsministerpräsidenten Bauer in der Nationalversammlung verklärt worden. Lange hat man darauf gewartet, denn schon vier Wochen ist das Kabinett Bauer im Amt. Aber es ist verständlich, wenn die Regierung erst eine Klärung der Lage abwarten wollte, ehe sie mit ihrem Programm vor das Parlament und das deutsche Volk trat. Die Verhältnisse sind ja wesentlich andere geworden, als sie zurzeit des Kabinetts Scheidemann waren. Die Deutsch-demokratische Partei ist aus der Regierungsmehrheit ausgeschieden und die jetzige Mehrheit schien einige Zeit nicht fest genug gekittet, um allen Möglichkeiten standhalten zu können; vielleicht ist sie das jetzt noch nicht so ganz, denn das Kompromiß zwischen Sozialdemokratie und Zentrum findet in seinem Hauptpunkt, in der Schulfrage bei einem nicht unbedeutlichen Teil der Sozialdemokratie immer noch eine starke Gegnerschaft. Dazu kam, daß die Wirtschaftslage dem neuen Kabinett eine Gefahr zu werden drohte. Diese Wirtschaftslage hatte weite Kreise der Sozialdemokratie für sich gewonnen, aber die bürgerlichen Parteien wollten sie nicht mitmachen; die Regierungsmehrheit unter Führung der Sozialdemokratie war in Frage gestellt. Das Kabinett mußte sich also entscheiden, die Wirtschaft abzutun, und das war nicht so einfach; es folgte lange Beratungen und Verhandlungen. Endlich erschien ein zweckmäßig, erst die Verfassung über die Reichsverfassung abzuwarten, die mit der Vereinbarung der zweiten Lesung am 22. Juli sichergestellt worden ist. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes in der dritten Lesung kann höchstens noch formale Änderungen ohne sachliche Bedeutung bringen.

Der Inhalt des Regierungsprogramms hat keine Überraschungen gebracht; es ist auf demjenigen des Kabinetts Scheidemann aufgebaut, unterscheidet sich allerdings von diesem durch das warme Eintreten für das von Scheidemann angelegte — Rätssystem. Bauer erklärt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Produktionsprozess als das alleinige Mittel und den Schlüssel für die Sozialisierung. Das Gesetz über die Betriebsräte wird für die nächsten Tage, das über die Bezirkswirtschaftsräte für den Herbst angekündigt. Die Planwirtschaft lehnt Bauer ab, dagegen wird das Kabinett einen Gesetzentwurf über die Übernahme der Kräfteerzeugung und — was noch nicht bekannt war — der Braunkohleerzeugung und der reichen Erzlager der Hesse durch das Reich vorlegen. Die Steuerverwaltung wird vereinheitlicht, d. h. ebenfalls in der Hauptsache auf das Reich übernommen und zugleich werden neue Monopole in Aussicht gestellt. Das Reich soll der bestimmende Faktor im deutschen Wirtschaftsleben werden. Ein starker wirtschaftlicher und politischer Unitarismus gibt überhaupt dem Regierungsprogramm das Gepräge.

Nüchtern wie das Programm Bauers war auch die sich anschließende Erklärung des Reichsministers Müller: über die Richtlinien der auswärtigen Politik. Deutschland wird bestrebt sein, so führte er aus, mit allen Völkern der Welt in Frieden und Freundschaft zu leben und die getreue Erfüllung der Vertragsverpflichtungen, besonders die willige Arbeit an der Wiederherstellung in Frankreich und Belgien soll auch den Feinden — je hofft er — eine bessere Meinung von uns Deutschen beibringen. Das deutsche Schwert soll begraben sein und in Zukunft nicht mehr als Hilfsmittel diplomatischer Kunst zählen. Allen militärischen Gedankengängen müssen wir endgültig entsagen. Aber wir werden, wenn wir auch zur Erfüllung des Friedensvertrags bis zur Grenze unserer Fähigkeit entschlossen sind, keinen Zweifel lassen, daß wir mit allen erlaubten Mitteln die Abänderung des Vertrags anstreben. Neu war die Mitteilung des Reichsministers, daß zur Ausführung des Friedensvertrags eine besondere Stelle im Auswärtigen Amt eingerichtet werden solle. — Im übrigen, die Hoffnungen auf das kommende goldene Zeitalter in ersten Ehren, aber ob sie sich verwirklichen werden, wird mancher bezweifeln. Jedenfalls sollen wir uns nicht vertrauensselig in einem Traum wiegen, aus dem es ein böses Erwachen geben könnte.

Enttäuschte Hoffnungen pflegen schmerzlich zu sein, niemand weiß das besser als die Deutschen, die vielfach eine gewisse Begabung für tragische Hoffungslosigkeit zu haben scheinen. Das hat man wieder bei dem „internationalen Proteststreik“ am 21. Juni gesehen. Ohne Zweifel auf eine Einwirkung von Moskau her, war in Frankreich der Gedanke an einen Proteststreik gegen den „Imperialismus“, die Machtpolitik in der Welt, wie sie ja im Friedensvertrag so klar in die Erscheinung getreten war, aufgekommen. In England und Italien wurde auch davon gesprochen, es sind ja dort auch einige rein örtliche und ausschließlich wirtschaftliche Streiks im Gange. Die radikale Richtung im deutschen Sozialismus glaubte die Verheißungen des Auslands für bare Münze nehmen zu dürfen und sie legte sich scharf für den Kundgebungsstreik ins Zeug. Er ist gründlich ins Wasser gefallen. Die französischen Sozialisten beschloßen am 20. Juli, den Streik zu „vertagen“, die Engländer kammerten sich überhaupt nicht darum, und die Italiener brachten nicht über ein paar unbedeutende Demonstrationen hinaus. Nur in Deutschland standen in den arden Städten die größten Betriebe still; unserem eigenen Lande wurde ein wirtschaftlicher Schaden von vielen Millionen zugefügt, wo doch der richtige Protest gegen den Schandfrieden weit wirksamer in zähester Arbeit liegen würde. Wir Deutsche sind also wieder die Hereingefallenen. Der 21. Juli ist für uns ein blauer Montag mehr geworden.

Wir müssen arbeiten und sparen, soviel es nur möglich ist. Aus Sparmaßregelngründen wurde nun auch die Flugzeugmeisterei Adlershof bei Köpenick endlich aufgehoben. Es ist nichts erfreuliches, was darüber gemeldet wird. In dem Lager wurden noch etwa 750 000 Mark wöchentlich an Löhnen bezahlt, obgleich seit Monaten kein Flugzeug mehr hergestellt wurde; der Waffensstillstands- und Friedensvertrag hat dies verursacht. So entstand ein Betriebschaden von 22 Millionen Mark, ungerichtet die Diebstähle an Material, die sehr bedeutend gewesen sein sollen.

Zwischen den Vereinigten Staaten und Japan soll, wenn man den Reuters-Berichten glauben darf, ein gespanntes Verhältnis bestehen. Wie erinnerlich, hat Wilson auf der Friedenskonferenz der von Lloyd George unterstützten Forderung Japans auf Ueberlassung der chinesischen Provinz Shantung nachgeben müssen. Im amerikanischen Senat hat man aber dafür kein Verständnis gehabt, und Wilson wurde zum Vorwurf gemacht, daß er seine 14 Punkte selbst umgestoßen habe. — Nicht Deutschland gegenüber; der Vorbruch an Deutschland berührt die Amerikaner nicht im geringsten und auch von dem so eigenartig gestalteten und umgewandelten Völkerbund spricht man in Amerika kaum mehr. Nein, daß Wilson „Millionen armer hilfloser Chinesen“ der „japanischen Sklaverei“ überantwortet, zu deutsch: daß er den Japanern die Festsetzung in einer chinesischen Provinz gestattet habe, wo viel Geld zu verdienen ist, das wird ihm übel genommen. Die Amerikaner wollen das nicht dulden; der friedsame Senator Borah erklärte, wenn es nicht anders geht, so sei jetzt die beste Gelegenheit, Japan von seinem „Imperialismus“ in Absicht auf China zu kurieren. Ein ansehnlicher Teil der amerikanischen Flotte soll bereits nach dem Stillen Weltmeer, also etwa nach den Philippinen, abgegangen sein, als Borah auftrat. Japan soll daraufhin auf Shantung verzichtet haben. Wenn das nicht eine bloße Flunkerei Reuters — allerdings mit erkennbarem Zweck — ist, dann wäre Japan in einer wenig beneidenswerten Lage. Die vormals deutsche „Interessensphäre“ Shantung wurde ihm 1914 von England durch Geheimvertrag versprochen, wenn es am Krieg gegen Deutschland teilnehme.

Jetzt sieht es sich um die Früchte des Kriegs gebracht durch die Amerikaner, die ihm auch 1904 nach dem russisch-japanischen Krieg die sibirische Beute aus der Hand schlugen. Es muß sich ein bitterer Grimm gegen die Gewaltpolitik der Amerikaner in Japan festsetzen, der früher oder später sich in einem neuen Krieg — trotz des Völkerbunds — Luft machen wird. Hätte Japan nicht die Trennsigkeit an Deutschland begangen, so würde es wahrscheinlich der neuen Demütigung nicht ausgesetzt gewesen sein. Japan wird, worauf wir schon wiederholt hinwiesen, gleich wie Italien, es noch bereuen, den Engländern ins Garn gegangen zu sein. Daß übrigens zwischen Deutschland und Japan bereits geheime Verträge abgeschlossen oder in Behandlung genommen seien, wie in England und im amerikanischen Senat behauptet wurde, ist als Erfindung von deutscher und japanischer Seite festgestellt worden. Deutschland hat „sein Schwert begraben“ und es hat jetzt wichtigeres zu tun, als neue Kriege auszudecken.

## Neues vom Tage.

Vertrauensfrage des Reichsministeriums.

Weimar, 25. Juli. Infolge der scharfen Angriffe des früheren Vizekanzlers Dr. Helfferich gegen den Reichsfinanzminister Erzberger wird, wie verlautet, das Kabinett, dessen Vizepräsident Erzberger ist, die Vertrauensfrage stellen. Die Zentrumsfraktion hat Erzberger das Vertrauen ausgesprochen.

Minister Erzberger wird nach Berliner Blättern in der Nationalversammlung ein Altesitak vorlegen, aus dem hervorgeht, daß England im Sommer 1917 durch Vermittlung des Papstes ein Friedensangebot gemacht habe.

200 Milliardenzwangsanleihe.

Köln, 25. Juli. Nach der „Köln. Bzg.“ wird im Reichsfinanzministerium die Ausgabe einer Zwangsanleihe in Höhe von 200 Milliarden Mark erwogen, die an die Stelle der großen Vermögensabgabe treten soll. Jeder deutsche Staatsbürger soll zur Beteiligung nach Maßgabe seines Vermögens verpflichtet sein. Die Vermögensabgabe würde auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben sein. (Es dürften wohl berechnete Zweifel entstanden sein, ob die Vermögensabgabe die erhofften 90 Milliarden erbringen könnte. Ob freilich durch eine Zwangsanleihe 200 Milliarden aufgebracht werden können, erscheint mindestens beifraglich. D. Schr.)

Gegen das Kompromiß.

München, 25. Juli. Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags legte die Sozialdemokratie gegen das Schulkompromiß Verwahrung ein.

Entlassung von 10 000 Arbeitern.

Berlin, 25. Juli. Die Siemens-Schubert-Werke hatten 41 Arbeiter entlassen. Ein großer Teil der Arbeiterschaft übte erfolglos die passive Resistenz (absichtliche geringe Arbeitsleistung) aus. Als die Verwarnungen der Direktion unbeachtet blieben, ist 10 000 Arbeitern die Entlassung mitgeteilt worden.

Ueber die Ursache der Massentlassung teilte Geh. Rat Wilhelm v. Siemens mit, daß am letzten Samstag bei den Werkleitungen Anfragen einliefen, ob an dem sogenannten internationalen Montag die Werke

für die Arbeiter offen gelassen würden. Die Entlassung der Direktoren, daß man die Werkstätten geöffnet halte, wurde vertragsgemäß dem Arbeiterausschuß mitgeteilt und dieser ersucht, die öffentlichen Bekanntmachungen gegenzuzeichnen. Aus unbekanntem Gründen verweigerte der Ausschuß die Unterschrift. Am nächsten Tag hat eine Anzahl Arbeiter die öffentlichen Anschläge vernichtet. Die betreffenden Leute wurden wegen Verstoßes gegen die Disziplin sofort entlassen. Darauf griff eine allgemeine passive Resistenz Platz. (Die Massentlassung stellt nur eine Einzelerscheinung dar, welche die überaus zugespitzte Lage in der Groß-Berliner Metallindustrie (aber einen neuen Lohn- und Arbeitstarif ist es bis jetzt zu keiner Einigung gekommen) kennzeichnet. Wenn es im Lauf des heutigen Tags dem Reichsarbeitsministerium nicht gelingt, noch eine Einigung herbeizuführen, so ist mit dem Generalstreik in der Groß-Berliner Metall-Industrie und vielleicht in der ganzen deutschen Metallindustrie zu rechnen.)

Wegen der verminderten Arbeitsleistung der Arbeiter werden noch andere große Firmen der Metallindustrie, darunter Borsig in Tegel, Ausperrungen vornehmen.

Berlin, 25. Juli. Die Oberpostdirektion hat 280 Telegraphenarbeiter wegen Teilnahme am Montagstreik entlassen.

Dresden, 25. Juli. Der drohende Ausstand in der Metallindustrie Dresdens ist vermieden, nachdem beide Parteien sich bezüglich des Mitbestimmungsrechts geeinigt haben.

### Wilhelmshaven Reichswerft.

Berlin, 25. Juli. Nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ wird die Reichswerft in Wilhelmshaven die alleinige Rüstungswerft werden. (Kiel kommt nicht in Betracht, da nach dem Friedensvertrag keine Befestigungen am Nord-Ostsee Kanal sich befinden dürfen.)

### Dänische Herausforderung.

Kiel, 24. Juli. Aus Sonderburg wird uns mitgeteilt: Am 23. Juli landeten in Sonderburg ohne Pässe und Ausweise etwa 500 dänische Pfadfinder unter Führung von Offizieren. Die dänische Bevölkerung der Stadt hatte sich an der Landungsbrücke eingefunden, um einen etwaigen Widerstand der deutschen Behörden gegen die Landung zu unterbinden. Die Pfadfinder wurden durch den Sonderburger Redakteur Graus mit einer Rede empfangen, in der er heftige Ausfälle gegen die Deutschen und Hochrufe auf das größere Dänemark ausbrachte. Unter seiner Führung machten die Pfadfinder dann einen Umzug durch die Stadt unter Abhängung dänischer Lieder. Durch das Verhalten von Graus gereizt, zog abends ein Zug Deutscher vor das dänische Versammlungshaus und verlangte die Auslieferung des Graus, aber ohne Erfolg. Dieser versammelte heute morgen die dänische Bevölkerung auf dem Markt und veranlaßte die Menge, eine Kommission nach Kopenhagen abzusenden, die die Entente um sofortige Besetzung Nordschleswigs „zur Sicherheit der schutzbedürftigen Bevölkerung“ ersuchen soll. Dabei ist es wiederholt zu Mißhandlungen Deutscher gekommen. Die Deutschen des Kreises Sonderburg verlangen dagegen genaue Untersuchung und strenge Ahnung gegen alle Missetäter, einerlei ob Deutsche oder Dänen. Sie protestieren gegen die Besetzung und die dänische Herausforderung.

### Unruhen in Straßburg.

Offenburg, 25. Juli. Wie die „Offenb. Ztg.“ meldet, kam es am Dienstag anlässlich des Straßenkehrerstreiks in Straßburg zu schweren Unruhen. Französische Offiziere und Unteroffiziere hatten die Bedienung der Straßenbahnwagen übernommen, was unter den Arbeitern eine große Erregung hervorrief. Sie bewarfen die Wagen mit Steinen und zerschmetterten die Leitungsdrähte. Ein Offizier und mehrere Soldaten sollen getötet worden sein, französische Beamte wurden mißhandelt. In Klagenfurt wird die Selbstständigkeit Elsaß-Lothringens verlangt.

**Spielhöhlen.** Die verderbliche Wirkung der mit Genehmigung des Soldatenrats am Kurort Rauhe im errichteten zwei Spielbanken zeigt sich bereits in trübseligen Formen. Nachdem erst vor acht Tagen ein Kurgast, der beim Spiel in der „Villa Heinemann“ innerhalb einer Stunde über 30 000 Mark verloren hatte, inmitten des Spielsaals zum Revolver gegriffen wurde, vorletzten Nacht ein Kurgast — angeblich aus Frankfurt a. M. kommend — in den Anlagen ermordet aufgefunden. Die Untersuchungskommission stellte fest, daß es sich um Raubmord handelt. Der Ermordete hatte in der Nacht mit großem Glück im „Klub 1919“ in Fiesches Grand-Hotel gespielt und dabei 70 000 M. gewonnen. Auf dem Rückhauseweg wurde er rückwärts erschossen und vollständig ausgeraubt. Als mitmaßlicher Täter wurde ein Wirtspieler, ein blutjunger Mann in Leinwanduniform, verhaftet. Im Hotel „Bristol“ soll kürzlich eine Dame 35 000 M. im Spiel verloren haben, so daß sie ihre Pension nicht mehr bezahlen konnte und Schmutz und Kleider versteigern lassen mußte. In der Villa Heinemann verlor ein Frankfurter Herr am Sonntag 50 000 Mark und einige Tage vorher ein anderer Kurgast sogar 70 000 M. Wieder ein anderer Gast wurde infolge der Aufregung über seinen Spielverlust vom Herzschlag getroffen. Es scheint an der Zeit, daß endlich gegen diese Spielhöhlen eingeschritten wird.

### Wutmaßliches Wetter.

Der Luftwirbel ist abgezogen, aber die Reihe der Stürmen noch nicht beendet. Am Sonntag und Montag ist bei zeitweiliger Bedeckung zunehmende Aufhellung und Erwärmung zu erwarten.

### Deutsche Nationalversammlung.

(1) Weimar, 24. Juli. In Beantwortung der Interpellation Arnstadt und Gen. (D.nat.Bp.) über die Planwirtschaft führt Reichswirtschaftsminister Schmidt aus: Die Blockade, die 1/2 Jahre über den Waffenstillstand hinaus dauerte, hat uns neue unerwartete Döner und Lasten auferlegt. Dennoch sind unsere Aussichten nicht allzu unglücklich, sobald nur erst wieder die Arbeit einsetzt. Eine vollkommene Freiheit des Handels und Verkehrs ist heute unmöglich. Die Ausfuhr unbeschränkt zu gestalten, geht bei der gegenwärtigen Preislage und dem Stand der Valuta nicht an. Die Einfuhr bedarf einer gewissen Kontrolle. Ganz frei kann sie für Fertigfabrikate nicht werden. Unsere wichtigste Aufgabe bleibt die Hebung der Bodenproduktion. Die vorwichtigste Aufgabe ist die Neuordnung des Güterverkehrs. Bei einem fortgesetzten durch Streik und Unruhen gestörten Betrieb ist das aber unmöglich. Der Ruhez der Unternehmungen muß der Allgemeinheit zugesichert werden. Das erkennt die Arbeiterschaft als richtig an.

Es folgen die Interpellationen Heßke und Arnstadt betreffend den Landarbeiterstreik.

Abg. Dörsche (D.nat.Bp.): Der Landarbeiterstreik ist zwar im Augenblick beendet, aber er kann jeden Augenblick wieder ausbrechen. Von der Regierung ist nichts dagegen gesehen.

Abg. Behrens (D.nat.Bp.): Die Mäcker und Förderer der Revolution, die das Streikkleber entflammten, werden die Helfer, die sie gerufen haben, nun selbst nicht mehr los.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Die Schuld daran, wenn die Landarbeiter sich verheißenden Agitatoren zugewandt zeigen, tragen diejenigen, die in früheren Jahren es verhindert haben, daß die Landarbeiter sich gewerkschaftlich organisieren und politisch äußern konnten. Es ist ein Elend herausgehoben, der den wilden Kündigungen der Landarbeiter vorbeugen soll. Es sind Beratungen im Gange zum Ausbau der Befestigung des Tarifwesens. Endlich sind Verhandlungen im Gange, inwieweit eine Höflichkeit einzutreten hat für einen Vertragsbruch, und zwar auch seitens der Arbeitgeber. Strafbestimmungen über den Vertragsbruch hinaus kann ich nicht in Aussicht stellen. In keinem Fall ist etwa beabsichtigt, das Streikrecht irgendwie einzuschränken.

Auf Vorschlag des Präsidenten beschloß das Haus, die Beratung der Interpellationen mit der

### politischen Aussprache

zu verbinden. Abg. Krählig (S.): Dem Programm, das uns gestern der Reichsministerpräsident entwickelt hat, stimmen wir zu, aber wir müssen fragen, wo bleibt der Staatsgerichtshof, der endlich die zur Verantwortung ziehen soll, die all dieses Elend verschuldet haben? Wir wollen durch das international: Proletariat zu einem internationalen Abkommen gelangen, denn die sozialistische Gesellschaft ist kein Platz für Mißgünstigen. Wie verlangen eine großzügige Sozialpolitik. Um 1.45 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr.

Weimar, 25. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.25 Uhr. Zunächst werden Anträge beraten.

Abg. Biener (D.nat.Bp.) stellt fest, daß die französischen Besatzungsbehörden in Elsaß-Lothringen gegen die deutsch gesinnte Bevölkerung aller Kreise in immer schärferem Maße mit Landesverweisungen vorgehen. Beim Ausschluß vertriebener Elsaß-Lothringer in Freiburg sind allein über 50 000 Fälle gemeldet worden.

Abg. Rat Freilich v. Welfer: Im Reichsministerium soll eine besondere Abteilung für vertriebene Elsaßer eingerichtet werden. Ihr gehören fast ausschließlich Vertreter der Vertriebenen an. Die Abteilung wird die Fürsorgefähigkeit, namentlich auch durch Heranziehung der Darlehenskassen, möglichst nutzbringend zu gestalten suchen.

Abg. Hermann (D.D.P.) fragt nach dem Plan für die Textilforschung.

Abg. Dr. Bagem: Der Plan wird in nächster Zeit vorgelegt.

Abg. Gebhardt (bei keiner Partei) rügt, daß zahlreiche Gemeinden der Pfalz hohe Auslagen infolge der feindlichen Besetzung bisher nicht zurückerhalten haben.

Abg. Rat Freilich v. Welfer antwortet, daß die Forderungen in Speyer angemeldet werden müssen. Ausreichende Mittel seien zur Verfügung gestellt.

Präsident Fehrenbach: Der Vorkostenauschuss hat folgenden Arbeitsplan entworfen: es soll verhandelt werden, heute und morgen in Vormittags- und Nachmittagsitzungen die politische Aussprache zu Ende zu führen. Für Montag soll die Beamteninterpellation zur Beratung gestellt werden. Bei Dienstag und die folgenden Tage ist in Vormittags- und Nachmittagsitzungen die 3. Lesung der Verfassung in Aussicht genommen. Dann soll etwa vom 1. bis 5. August für das Plenum eine Pause eintreten. Vom 5. August an wieder dann die Steuervorlage zur Beratung kommen. In das Plenum würde hierauf eine Ferienpause von etwa einem Monat eintreten. Das Plenum würde etwa vom 15. September ab in Berlin tagen.

Hierauf wird in der Besprechung der Erklärung der Reichsregierung fortgesetzt.

Abg. Dr. Brauns (S.): Zentrum und Sozialdemokratie hatten ihre Koalition nicht vor langer Hand vorbereitet. Möglich in schwerer Stunde des Vaterlands und ohne Zutun entstand sie aus Pflichtgefühl mit dem damals so hart geprüften Volk und Vaterland. Eine andere Koalition war aussichtslos. Die grundsätzlichen Unterschiede und ihre eigene politische Überzeugung wollten beide Parteien erhalten. Ausgetragen kann der Streit um die Friedensfrage erst bei den Reichstagswahlen werden. Ohne die Sozialdemokratie ist jedenfalls keine Regierung heute denkbar. Das Zentrum glaubte sich der Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedens nicht entziehen zu können. In der entscheidenden Fraktionsitzung stimmten nur wenige Mitglieder gegen die Ratifikation. Die Ablehnung würde den Krieg, die Anarchie, den wilden Streik und den Bürgerkrieg bedeutet haben. Auch die Rechte konnte die Entwicklung nicht hindern. Ihr Nein war ein Nein des Affekts. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Der Friede ist ein Unrecht und eine Vergewaltigung und wir werden nicht aufhören, ein „Recht on our“ friedlichem Wege zu fördern. In unserer ausschreitigen Politik müssen wir den Schutz des Volkstums im Ausland und die Vereinnahmung mit unseren deutsch-österreichischen Stammesbrüdern betreiben. Wir erheben Einspruch gegen die Trennung des deutschen Südtirols von Südtirol. Auch mit Polen liegt eine Verständigung im beiderseitigen Interesse. Mit dem friedlichen Stettinabzug ist nur verhandelbar das Ideal der Völkervereinigung und des Völkerebunds. Aber mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft brauchen wir Arbeitsleistung, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, Sicherung der Arbeiter durch Tarifverträge, die das beste Mittel gegen den Streik sind, sowie ländliche Beseidung. Wir sind keine grundsätzlichen Gegner einer gebundenen Wirtschaft. Aber in der jetzigen Lage können wir solche Experimente nicht machen. Für besonders notwendig halten wir die Stärkung des Arbeitswillens. Von einem Streikverbot halten wir nichts, weil seine nächste Folge ein Streik gegen das Verbot sein würde. Ebenso wichtig wie die Erneuerung der Wirtschaft ist auch die Neuordnung des Staatswesens. In der Länderfrage werden wir nach wie vor dafür eintreten, daß die Selbstständigkeit der Einzelstaaten nicht früher beschritten wird, als die Notlage des Reichs es verlangt. Ein völlig zentralisiertes Reich lehnen wir ab. Wir wollen eine Erziehungsschule und keine reine Bildungsschule. Unser Schulkompromiß ist eine dauernde Lösung auf der Grundlage politischer Toleranz. Das Kompromiß bietet uns die Möglichkeit, an einem Kulturkampf vorbeizukommen. Wir sind aus Pflichtgefühl entschlossen, an der aufreibenden Arbeit auch weiter teilzunehmen. (Langanhaltender Beifall im Zentrum.)

Preuß. Landwirtschaftsminister Brauns: Ich habe schon vor 3 Monaten gegen die Gefahr eines Landarbeiterstreiks Vorbeugungsmaßnahmen getroffen. Wo diese von den Arbeitgebern durchgesetzt worden sind, hat Ruhe geherrscht. Nur in Pommern, wo die Arbeitgeber unter Führung des Pommerschen Landesbunds den „Herrnhäuserstandpunkt“ vertreten haben, ist es zum Streik gekommen. Durch ein Schreiben dieses Landesbunds vom 28. März, das an die zuverlässigen Landräte durch Offiziere verschickt worden ist (Hört! Hört!) ist ein Waffenstillstand und eine Warnung der Mitglieder des Landesbunds in die Wege geleitet worden. Auch militärische Behörden haben dabei die Hand im Spiel gehabt. (Redner verliest eine Anzahl Schreiben.) Dadurch und durch die Verhandlung des Belagerungszustands hat der Streik einen Umfang angenommen, den er sonst nie angenommen haben würde. Ich habe sofort veranlaßt, daß der Belagerungszustand aufgehoben wurde. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter müssen erfüllt werden. Ich will lieber Minister von 20 000 Landarbeitern sein, als der Kommissar von 50 Großgrundbesitzern. Die Beratung wird auf 2.30 Uhr vertagt.

### Letzte Nachrichten.

Hamburg, 25. Juli. Nach einer Mitteilung des Corps Lettow wird der größte Teil der in Hamburg liegenden Regierungstruppen am 27. Juli in die Umgegend der Stadt verlegt.

### Eine deutsche „Verschwörung“.

Amsterdam, 24. Juli. Die englischen Blätter vom 23. melden: die Militärbehörden seien einer gut organisierten „Verschwörung“ deutscher Kriegsgefangener im Lager von Barkhall-Doverstru auf die Spur gekommen, die die Einäufierung einer Anzahl von Baracken der Kriegsgefangenen zum Ziele hatte. Den deutschen Offizieren, die für die Führung ihrer Mannschaften verantwortlich sind, ist eröffnet worden, daß, wenn irgend etwas dergleichen geschieht, keine Erleichterungen für die Unterkunft der Gefangenen, deren Baracken zerstört wer-

den, gewährt würden und daß die Gefangenen im Freien schlafen müßten, solange sie im Lager verbleiben. Seit Unterzeichnung des Friedens seien viele Gefangene widerstrengig geworden und man sei der Ansicht, daß es gut sein werde, den Vorschriften, die sich auf das Verhalten der Gefangenen innerhalb des Lagers beziehen, aufs strengste Geltung zu verschaffen und diese Vorschriften, wenn nötig, zu verschärfen. Die Schwierigkeiten werden hauptsächlich den Offizieren der versenkten deutschen Flotte, die von Scapa Flow nach dem Lager gekommen sind, zugeschrieben.

### Ein franz. Sozialdemokrat für Schutzölle.

Paris, 25. Juli. Bei der Besprechung einer Anfrage über den Schutz der französischen Industrie gegen die deutsche Konkurrenz berichtete ein sozialistischer Abgeordneter, daß Deutschland (vermöge seiner schlechten Valuta) Messer und Stahlwaren um 300 Prozent billiger angeboten habe, als sie in Frankreich herzustellen seien. Die französische Industrie müsse durch ausreichende Zölle geschützt werden, da sonst Tausende von Arbeitern brotlos würden.

### Der Krieg in Orien.

Budapest, 24. Juli. (Ung. Korr.-Bur.) Der Armeekommandant Landler meldet: Die Rumänen setzen dem Uebergang unserer Truppen über die Theiß hartnäckigen Widerstand entgegen. Der Ansturm unserer Truppen brach jedoch überall die Kraft des Feindes. Wir machten große Beute, darunter etwa 200 Eisenbo-moagen, 15 Kanonen und sehr viele Maschinengewehre.

### Neues Vertrauensvotum.

Paris, 25. Juli. Nach der Aussprache über die Finanzpolitik wurde der Regierung mit 304 gegen 134 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

### Aburteilung in Frankreich.

Paris, 25. Juli. Abrami testete im Kammeraus-schuss mit, die von Deutschland auszuliefernden Heeresfahrer werden in Frankreich abgeurteilt. Die Liste werde derzeit aufgestellt.

### Ende des englischen Bergarbeiterstreiks?

Amsterdam, 25. Juli. Nach einer Londone. Meldung des „Telegraaf“ soll das Ende des Bergarbeiterstreiks zu erwarten sein. Lloyd George habe vorgeschlagen, daß Stakarbeiter in der 7-tägigen Arbeitszeit nicht weniger verdienen sollen, als bei der achtstündigen, sofern ihre Arbeitsleistung nicht um mehr als 10 Prozent geringer ist.

### Württembergischer Landtag.

(1) Stuttgart, 24. Juli.

Das Lob, das man dem Landtag ob seiner prompten Erledigung der Vorlagen zu Anfang der Haushaltsberatung spenden konnte, scheint doch etwas verfrüht gewesen zu sein. Je weiter sich die Volksboten in den Etat hineingearbeitet haben, um so länger werden die Sitzungen und um so breiter der Redestrom. Auch Doppel-sitzungen wollen nicht mehr genügen, um das, was im Halbmondsaal gesprochen und vom Manuskript abgelesen wird — letztere Vortragweise ist eigentlich durch die Geschäftsordnung ausgeschlossen — zu fassen. Man kann es den Vertretern der Presse wirklich nicht verdenken, wenn sie gestern abend, als die Beratungen um 9 Uhr nach einer Vor- und Nachmittagsitzung immer noch nicht zu Ende kamen, die Manuskripte einpackten und resigniert das Haus verließen. Heute wurde, nachdem das Verkehrsweisen endlich erledigt war, der Etat der Finanzverwaltung vorgenommen. Schweren Herzens gingen die Abgeordneten an diese Aufgabe heran. Der Haushalt der Posten und Eisenbahnen wird wohl zum letzten Mal in diesem Hause zu beraten gewesen sein, und ebenso ergeht es in der Hauptsache dem Wirtschaftsjahrsplan der Finanzverwaltung. Das Reich mit seinen unergründlichen Bedürfnissen nimmt von der Finanzverwaltung der Einzelstaaten Besitz. Der Finanzminister Piesching widmete der zu Grabe gehenden Finanzhoheit Württembergs einen schmerzbelegten Nachruf.

In der heutigen 47. Sitzung wurde zunächst die Forderung für den Unterstaatssekretär des Verkehrswe-sens gegen die Stimmen des Zentrums und der Arbeiterpartei angenommen.

Der Antrag Graf (S.), monach Stellen im Eisenbahn- und Postdienst innerhalb des württembergischen Staatsgebiets an Nichtwürttemberger nur dann übertragen werden, wenn die einzelnen Stellen ein geeigneter württembergischer Landesangehöriger nicht vorhanden ist, wird gegen Zentrum und Arbeiterpartei abgelehnt.

Gegen die Sozialdemokratie wurde angenommen der Antrag Graf (S.), daß württ. Beamte nur mit ihrem Einverständnis nach nichtwürttembergischen Orten versetzt werden dürfen.

Der Ausschuh Antrag, daß die Rechtsansprüche der württ. Verkehrsbeamten nach dem Uebergang der Eisenbahn an das Reich für die ganze Dauer des Beamtenverhältnisses, auch wenn sie in den Ruhestand treten wollen, gewahrt bleiben wird einstimmig angenommen.

Bei der nun folgenden Beratung des Finanzetats bemerkt

Abg. Sträbel (S.P.): Die Reichsteuern untergraben die finanzielle Selbstständigkeit der Einzelstaaten. Wir bleiben angelesen auf die Brolamen, die von des Reiches Tische fallen. Wir kommen immer mehr zum Einheitsstaat. Man wursle zurzeit fort und gebe Beihilfungszulagen an Beamte und Arbeiter mit der Sitzungsgewindigkeit. Eine sichere Erfindung wäre den Beamten aber lieber durch Sparbarkeit in der Finanzgebarung. Hervorragenden Fachministern gebe man den Abschied, bloß weil sie nicht rot oder schwarz angefräsen sind. Der Redner begründet seinen Antrag, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der Festsetzung des Steuerwerts der vor dem 1. August 1919 erworbenen landwirtschaftlich benutzten Grundstücke nicht der Verkehrswert, sondern wie bisher der Ertragswert zu Grunde gelegt wird.

Abg. Feil (S.): So wie die Steuerveranlagung erfolgt sei, sei es eine Forderung der Gerechtigkeit, daß bei der Landwirt-schaft der Ertragswert zu Grunde gelegt werde. Die Heranziehung des Verkehrswerts wäre eine Vorausbelastung der Landwirtschaft. Der Landwirtschaft sollte für die Entwertung des Betriebskapitals die gleichen Abschreibungen gestattet sein, wie den übrigen Gewerben.

Abg. Dr. v. Mälberger (D.D.P.) wünscht Verlässlich-ung der Auslandsdeutschen im Steuerwesen.

Abg. Pflüger (S.): Der Antrag Sträbel gehe zu weit, weil tatsächlich eine dauernde Wertsteigerung seit 1914 stattgetreten sei.



Abg. Scheel (D.D.P.): Auch die mittleren Steuer-Beamten sollten mehr in leitende Stellen einrücken.

Finanzminister Liebsing: Er sei sich wohl bewußt, daß die Zeiten, wo der Finanzminister Württembergs bei der Etatsberatung über die Erhöhung der Landessteuern und die allgemeine Finanzlage sprechen wird, gezählt sein werden. Die Finanzhoheit der Einzelstaaten werde in steuerlicher Beziehung so gut wie beseitigt sein. Gegen eine Reichseinkommensteuer könne man noch mehr ernsthaften Widerstand leisten. Streit bestehe nur über die Art, wie die Einzelstaaten und Gemeinden Anteil haben sollen. Die Einzelstaaten halten es für zweckmäßiger, und für ein Lebensbedürfnis, daß das Reich den Einzelstaaten und Gemeinden das Recht geben soll, Zuschläge zu erheben. Bei der Verteilung auf die Einzelstaaten sei es unmöglich, daß der angemeldete Bedarf der Einzelstaaten maßgebend sein darf; das würde zu einer Mißwirtschaft und Verschwendung führen. Er habe bestimmte Zusicherungen erhalten, daß der angemeldete Bedarf unmöglich maßgebend sein dürfte, sondern es müsse nach der Kopfzahl der Bevölkerung oder einem anderen Maßstab eine gewisse Sparsamkeit und solide Wirtschaft geboten werden. Die Verwaltung müsse bei Württemberg bleiben, eine Aufsicht müssen wir uns gefallen lassen, unsere Beamten stellen wir für die Neuorganisation zur Verfügung. Es wäre ein Verdienst der Beamten- und Arbeiterverbände, die Frage in Zukunft ernstlich zu prüfen, ob die absolute Gleichmacherei wirklich gerechtfertigt ist. Die Bevölkerung wird sehen, daß man in der Steigerung der Ausgaben unmöglich so weiter machen kann. Von Reichs wegen sei geplant, in jedem Jahr Verzeichnisse der Grundstücke nach dem gemeinen Wert und dem Steuerwert zu führen, die alle drei Jahre evidentiert werden müssen. Es soll eine Art Kataster geführt werden. Der Antrag Strobel möge nicht so aufgeführt werden, daß er für alle Zeiten für unsere Reichsabgaben maßgebend sein soll und die württ. Regierung im Staatsauschuß an ihn gebunden wäre. Er halte es für richtig, wenn der gemeine Wert festgesetzt würde, unter der Voraussetzung, daß Gesetze geschaffen werden, die die sprunghafte Steigerung der Preise bei Grundstücken unmöglich machen. Das württ. Finanzministerium sei im Staatsauschuß dafür eingetreten, daß von einem gewissen Betrag ab die Fahrnis auch zum Vermögen zu zählen sei.

Abg. Scheel (D.D.P.) beantragt Verweisung des Antrags Strobel an den Finanzausschuß.

Abg. Hermann (D.D.P.): Für die Einzelstaaten empfehle ich ein Zuschlag zu der Einkommensteuer. Bei der Besteuerung der landwirtschaftlichen Grundstücke sei der Ertragswert das Richtige.

Der Antrag Scheel wird einstimmig angenommen.

Abg. Hauser (Z.) fragt, ob die Forstverwaltung Vorseorge getroffen habe, daß sich die Holzbevölkerung in diesem Jahr ausreichend mit Holz eindecken könne. Bereits machen sich die Holzpreise immer mehr breit; es sei vereinzelt schon 70 Mk. für den Raummeter verlangt worden. Die Anlage zur Kohlenbergbau bei Eisingen siehe seit 1. Dezember wegen Kohlenmangels still.

Abg. Strobel (D.D.P.): In der Domänenverwaltung sei kein Landwirt. Das komme in den Verordnungen, bei den Gebäuden und Meliorationen zum Ausdruck. Die Domänen müssen in Zukunft der landwirtschaftlichen Behörde unterstellt werden.

Abg. Graf (Z.) rügt, daß die Militärverwaltung in Weinbergen nicht auf staatliche Gebäude verzichte zugunsten von Wohnungen der Militärverwaltung.

Abg. Lauterbach (Z.): Den Baugenossenschaften und Erbauern von Kleinwohnungen sollte Bauholz zu Revierrpreisen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Frau Jeskin (U.S.P.) verlangt eine Besserung der sozialen Lage der unteren Forstbeamten.

Abg. Fladt (D.D.P.) regt die Ausrottung von heilartigen staatlichen Waldstücken durch Gemeinden an.

Finanzminister Liebsing geht auf die vorgebrachten Wünsche ein und betont, er werde sein Augenmerk stets darauf richten, die Kasernen für Wohn- und behördliche Zwecke freizumachen.

Städtische Kapitel werden genehmigt. Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr.

Als weiterer Nachtrag zum laufenden Etat ist dem Landtag ein Gesetzentwurf betr. Zuschläge zu den Notariatsgebühren, sowie zu den Gerichtskosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zugegangen.

### Württemberg.

(-) Stuttgart, 25. Juli. (Ministergerüchte.) Gegenüber den Gerüchten, daß Unterstaatssekretär Ditzler als Nachfolger Lindemanns zum Minister des Innern ausersehen sei, wird mitgeteilt, daß in dieser Angelegenheit noch kein Beschluß gefaßt sei.

(-) Stuttgart, 25. Juli. (Die Kosten für A- und S-Räte.) Nach einer Mitteilung des Oberbürgermeisters in der gestrigen Sitzung des Gemeinderats, beliefen sich die Kosten, die der Stadt durch die Arbeiter- und Soldaten-Räte erwachsen, bis Ende Juni auf rund 75 000 Mk. Für jeden Monat muß ein Betrag von 10 000 Mk. hierfür in Rechnung gestellt werden.

(-) Stuttgart, 25. Juli. (Gasperre.) Da die Kohlenzufuhr sich nicht gebessert hat, wird von morgen nachmittag 2 Uhr von bis Montag früh mit Ausnahme der Zeit von halb 8 Uhr bis halb 9 Uhr vormittags und 11-1 Uhr mittags am Sonntag die Gasabgabe gesperrt.

(-) Stuttgart, 25. Juli. (Brot für die Selbstversorger.) Der Bauernbund hat an den Ernährungsminister eine Anfrage gerichtet, ob er Maßnahmen getroffen habe, daß die Selbstversorger, die nur bis zum 15. August mit Brot versorgt sind und wegen der verspäteten Ernte erst bis Ende August Gelegenheit haben, sich wieder selbst zu versorgen, rechtzeitig mit den notwendigen Lebensmitteln versorgt werden.

(-) Württemberg a. F., 25. Juli. (Diebstahl.) Dem Landwirt Ulmer sind Kleidungsstücke und Aussteuergegenstände im Wert von über 1000 Mk. gestohlen worden.

(-) Eßlingen, 24. Juli. (Straßenbahn.) Der Gemeinderat hat gestern die Pläne für die Straßenbahn auf die Silber nach Kellingen und Denkendorf genehmigt und die Einreichung des Konzessionsgesuchs beschlossen.

(-) Weilstein, O.A. Marbach, 25. Juli. (Gefärbte Trauben.) An der Kammerz des Gottlob Keppeler hier sind gefärbte Trauben zu sehen.

(-) Ulm, 25. Juli. (Streik.) Die Seper und Drucker der „Ulmener Zeitung“ sind angeblich wegen Differenzen zwischen Leitung und Personal gestern früh zur Arbeit nicht erschienen.

(-) Balingen, 25. Juli. (Obstlegen.) Die Stadtgemeinde hat an Baumgutsbesitzer usw. 3000 Baumstämme verkauft. Da der Bestand der Bedarf bei weitem nicht deckte, wurden weitere 10 000 Stämme beschafft und an die Interessenten abgegeben. Aber auch das reichte noch nicht aus und so wird die Stadtverwaltung eine dritte Lieferung zur Verteilung bringen.

### Baden.

(-) Karlsruhe, 25. Juli. Das Staatsministerium hat beschlossen, daß für die Dauer der durch den Krieg und seine Folgen verursachten Forderung die Aufwandsentschädigungen der Beamten für auswärtige Dienstleistungen ohne besonderen Nachweis der Notwendigkeit mit Wirkung für die Geschäfte, die vom 1. April d. J. an vorgenommen wurden, erhöht werden, wie folgt: Die Uebernachtungsgelder allgemein um 100 Prozent des gesetzlichen Betrages, die Tagegelder der Beamten um 50-80 Prozent des gesetzlichen Betrages.

(-) Karlsruhe, 25. Juli. Die Mitglieder des bad. Landtags unternahmen gestern nachmittag mit Vertretern der Regierung und der Presse eine Fahrt nach Detigheim, um dort das biblische Spiel von „Rains Brudermord“ anzusehen. Die Aufführung fand den Beifall der Besucher.

(-) Pforzheim, 25. Juli. Im 60. Lebensjahr ist einer der bekanntesten hiesigen Industriellen, Bijouteriefabrikant Theodor Fahrner, gestorben. Er hatte von seinen Eltern eine Ringfabrik übernommen und sie später auf den Kunstschmied eingestellt, indem er als experimentierfähiger Künstler zu den Entwürfen heranzog. Der Fahrner-Schmied hat Weltruf erreicht.

(-) Bounndorf, 25. Juli. Frau Witwe A. Vogl hat die frühere Restauration „Walder“ zum Preis von 35 000 Mk. an Herrn Graf v. Uffull von Eichtetter, Württemberg, verkauft.

(-) Bounndorf, 25. Juli. Der Landwirt Martin Schöly stürzte beim Heuladen vom Wagen und wor sofort tot.

(-) St. Georgen, 25. Juli. Das vierjährige Kind einer hiesigen Familie wurde beim Ueberfahren der Straße von einem Wagen überfahren und sofort getötet.

### Aus dem Bezirk.

Wildbad, 26. Juli. (Aus der Gemeinderatsitzung vom 25. Juli.) Der heutigen Sitzung wohnten 13 Gemeinderäte an. Zu begrüßen wäre es gewesen, wenn der Gemeinderat zur Beeidigung des erstmals erschienenen G. A. Wilh. Eitel hätte vollständig beisammen sein können. Nach Abnahme des Dienstfeids hieß der Vorsitzende den in seine neue Würde Eingeweihten herzlich willkommen, ihn ermahnen, stets für das Wohl der Gemeinde besorgt zu sein. Zur Tagesordnung übergehend, verlas Stadtschultheiß B ä n n e r ein Besuch der Kleinkinderschule in Sprollenhäus um Erhöhung des städt. Beitrags von 300 Mk. auf 550 Mk., da den Einnahmen von 860 Mk. circa 1068 Mk. Ausgaben gegenüberstehen. Der Erhöhung wird ohne Debatte zugestimmt. Punkt 2: durch Erledigung einer Mitglieds- und einer Stellvertreterstelle im Nachlassgericht und der örtlichen Inventurbehörde wird eine Ergänzungswahl notwendig. Gewählt wird als Mitglied G. A. G r o s s m a n n, als Stellvertreter G. A. Karl Eitel I.; ins Untergangsgericht werden 4 Untergänger gewählt: Katastergeometer G a i g i s, G. A. Karl Eitel I., Joh. Volz, Föjler und G. A. Chr. Schmid. Punkt 3: Besuch der Feuerwehrkapelle um einen Beitrag. Das Gesuch geht dahin, der Kapelle um Ermöglichung, die Auslagen für einen geeigneten Musikmeister decken zu können, damit sie in die Lage versetzt wird, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. G. A. Schlatter beantragt, daß wenn die Stadt einen Beitrag leistet, sich die Kapelle ohne Unterschied jedem Verein und jeder Partei zur Verfügung stellen müsse. Der Antrag wird angenommen mit dem von G. A. G r o s s m a n n vorgeschlagenen Zusatz: in erster Linie ist die Stadt zu berücksichtigen. G. A. B o s c h schlägt vor, den Betrag von 300 Mk. zu bewilligen, was genehmigt wird. Dem Gesuch des stellvert. Stadtarztes Dr. S c h w a b um definitive Anstellung und um Erhöhung seiner bisher bezogenen Gebühr um 25 % wird dahin entsprochen: „Definitive Anstellung bei 1/4 Jährl. Kündigung und Erhöhung der Gebühren auf 700 Mk. Punkt 5: Verschiedenes: Es liegt u. a. ein Gesuch der Holzauer im Leonhardswald um Genehmigung eines Zuschlags auf den Akkordsatz vor, da besondere Schwierigkeiten im Anrücken des Holzes bestehen. Nach eingehender Prüfung wird ein Zuschlag von 1 Mk. auf den Htm. genehmigt. Die Bergbauverwaltung verlangt Instruktionen betr. etwaige Ausgabe von Arbeiterfahrkarten an Befehlsh. mmler und Beerenfucher. Ein Antrag R a p p e l m a n n, Hefte zu 10 Fahrkarten für 3 Mk. einzuführen, wird wegen verschiedener Bedenken verworfen; dagegen wird beschlossen, für die hiesigen Einwohner den Wintertarif für das ganze Jahr gütlich einzuführen.

Wildbad, 26. Juli 1919. (Vortrag.) Am Montag abend den 28. Juli wird Herr Stadtrat G i l g aus Berlin im Lindenjaal einen Vortrag über „Die Lage der Elbschloßbringer im Reich“ abhalten. Wir hoffen, da ja auch in Wildbad einige Vertriebene aus Elbschloßbringen sind und die Vereinigung derselben in letzter Zeit zahlreiche Freunde gefunden hat, daß sich nicht nur Wildbader Bürger, sondern auch Badegäste bei diesem zeitgemäßen, interessanten Vortrag einfinden werden. (Näheres im Inserat im Montagblatt.)

Zum Bezug von sämtlichen Lebensmitteln für den Monat August ist Bezugsabschnitt Nr. 72 spätestens bis Donnerstag, 31. Juli in den Verkaufsstellen abzugeben. — Nachzügler werden nicht berücksichtigt. Nachtragsmittelliste: Schultheiß Hörle..

Berein selbständiger Rohbauhandwerker Bezirk Neuenbürg. Am Sonntag, den 27. Juli 1919, nachmittags 2 Uhr, findet in Wildbad im Gasthof zur „Sonne“ (Saal 1 Treppe) die

Ältere Schüler, die rascher ihr Ziel erreichen wollen, sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden. Wir besetzen durch unsern individuellen Unterricht die vorhandenen Lücken und erzielen dadurch unsere bekannten hervorragenden Erfolge in allen Prüfungen. — Abteilungen: Oberrealschule, Gymnasium sowie Realgymnasium. — Auswärtige Schüler erhalten zu billigem Preise guten Mittagstisch in der Kassa. — Beaufsichtigung der Schulaufgaben. — Man verlange Prospekt! Höhere Reform-Lehranstalt, Wildbad, Telefon Nr. 6.

## Warnung!

Das unbefugte Betreten unserer Grundstücke und Wiesen, sowie das Abladen von Schutt auf denselben ist verboten. — Zuwiderhandlungen werden verfolgt.

Hotel Klumpp in Wildbad G. m. b. H.

### Vierteljahrs-Versammlung

des Vereins statt, wozu wir unsere Mitglieder alle einladen.

Tagesordnung:

- Bericht der Delegierten über die Versammlung in Stuttgart.
- Einzug des Jahresbeitrags.
- Verschiedenes.

Der Vorstand: Karl Bischoff.

### In Neuauferfertigung von Steinholz-Böden

sowie in Reparaturen empfiehlt sich bei sofortiger Ausführung da zur Zeit hier in Arbeit

Daniel Bachofer, Bodenbelaggeschäft Birkenfeld. Aufträge nimmt entgegen Carl Bozenhardt jr. Baugeschäft Wildbad.

## Schuhhaus Wilh. Treiber

Ludwig-Seegerstraße 17

Möller'sche Beamtenchule Oberndorf a. N., Würtbg. Verwaltungs-, Verkehrs- u. Handelsschule, auch für Mädchen.

Neu eintreffend, ohne Bezugschein lieferbar:

- 1 großer Posten Kinder u. Mädchen-Boxcall-Schnürstiefel 23-25, Damen-Boxcall-u. Chevreaux- „ „ Damen-Schnür- und Spangen-Schuhe Herren-Boxcall-Schnürstiefel Braune Knaben-Kindleder-Schnürstiefel 27-39. — Ferner empfiehlt einen Posten Arbeiter-Schnürstiefel

Für die Selbstaufertigung von Damen- und Kindergarderobe sind erforderliche

## Schnittmuster

zu haben in der Buchhandlung Geschw. Flum neben der „Sonne“.

Dieselbst sind Modenzeutungen zu haben und einzusehen.

Hiesiger Alleinverkauf von Schnittmustern.

## Stahl & Federer Aktiengesellschaft

Filiale Wildbad.

Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs eröffnen wir

### zinstragende Scheck- u. laufende Rechnungen

zu günstigen Bedingungen.

## Verloren

wurde vor einigen Tagen rotgewirkte Damenjacke mit dunkelgrünen Aufschlägen. Der ehrliche Finder wolle sich melden in der Olgastraße 18a, Villa Treiber. Gute Belohnung.

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen

Dr. Karl Großmann  
Berta Großmann  
geb. Schaumann.

WILDBAD  
STUTTGART den 26. Juli 1919.

Wildbad :: Anlagen.

Sonntag, den 27. Juli 1919, nachm. 4-6 Uhr

# Musik-Aufführung

zum Besten der Mitglieder der Kurkapelle.

Leitung: Musikdirektor Paul Franz.

Eintritt 2 Mark.

## Wohnungs-Gesuch.

Für einen Beamten wird eine **Wohnung** mit 5 Zimmern samt Zubehör auf 1. August gesucht, oder ein besseres Einfamilienhaus zu kaufen gesucht. Näheres im Laden König-Karlstr. 61. 211

## Fahrgelegenheit für Schwarzwaldtouren.

Elegante Ein- und Zweispänner-Wagen für ein- und mehrtägige Touren bringt in empfehlende Erinnerung

**Carl Rath,**  
Fuhrunternehmer

Villa Carl Rath, Wilhelmstr. 166.

Telephon-Ruf durch Nr. 52.

## Möbel werden wie neu

wenn sie „Rival“ verwenden. „Rival“ ist eine Mischung für den Lack und die Politur der Möbel, nimmt alle Flecken, Schmutz, selbst Tintenspritzer von der Politur weg und läßt eine glänzende Oberfläche zurück. Glänzende Atteste.

„Rival“ ist zu haben bei **Wilhelm Sohnenberger**, Gewerkschaft, Wildbad. Preis pro Flasche 2 Mk. postfrei, gegen Nachnahme direkt durch den Fabrikanten.

**H. Schmid**, Apotheker, **Groß-Sachsenheim 23** (Württemberg). Wiederverkäufer erhalten angemessenen Rabatt.

## la. Fußboden-Oel, (geruchlos) la. Bodenwische,

la. reine verfeinerte Ölqualitätsware liefert dauernd und billig

**Bürkle & Klinnert,**  
chem. techn. Produkte, STUTTGART,  
Kronprinzstrasse 3.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will,  
der verwende den bekannten

## Ruf's Kunstmosiansatz mit Heidelbeerzusaß

und mit Süßstoff, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet Mk. 17.—, ferner

**Ruf's Heidelbeeren mit Zutat,**  
zu 100 Liter Mk. 35.—  
Viele Anerkennungen.

**Robert Ruf**, Heidelbeer-Versandhaus, **Ettlingen**,  
Raidwangen, 3. 11. 1918.

Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmosiansatz mit Heidelbeerzusaß und mit Süßstoff zu 200 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden x.

gez. Christian Schneider, Bahnwärter.

Auenheim (Amt Kehl), 2. Dez. 1918.

Da uns das aus Ihrem Kunstmosiansatz hergestellte Getränk ausgezeichnet schmeckt und schon viele Freunde erworben hat, so erlaube ich Sie freundlichst um sofortige Zusendung einer Flasche Kunstmosiansatz mit Heidelbeerzusaß und mit Süßstoff x.

gez. Karl Fr. Vandenberg.  
Niederlagen werden errichtet.



## Kinderwagen Sportwagen Kindermöbel Leiterwagen

sowie einzelne Räder in nur bester Ausführung.

Lederwaren, Koffer u. Reiseartikel, empfiehlt

**Wilh. Bros,** Pforzheim  
Ecke Berrenner- u. Baumstr. 17

## Grabdenkmäler

Gedenktafeln für Gefallene etc., Zeichnungen, Voranschläge.

Besuch jederzeit, kostenlos und unverbindlich.

Atelier für Grabmalerkunst **Th. Preekel**, Architekt, Pforzheim  
Westl. Karl-Friedrichstrasse 41.

## Turn-Verein Wildbad.

Am Sonntag, den 27. Juni 1919  
findet das

### Turnfest in Neuenbürg

statt, wozu wir unsere aktiven und passiven Mitglieder, sowie Freunde und Gönner der Turnsache höflichst einladen.

— Programm: —

- 7 Uhr Kampfrichterprüfung in der Turnhalle.
- 8 Uhr Beginn des Wettrennens.
- 10-11 Uhr Pause.
- 11 Uhr Fortsetzung des Wettrennens.
- 12 Uhr Sammlung an der Post.
- 2 Uhr Abmarsch nach dem Turnplatz.
- Allgemeine Freiübungen, Ansprache des Gau-Vorstands, Schauturnen der Damen, Männer und Turner-Kiege, Turnspiele u. Staffettenlauf.
- 5 Uhr Preisverteilung.

Abfahrt der mitwirkenden Turner und Preisrichter: 6.56 Uhr vorm.

Abfahrt des Vereins: 1.32 Uhr nachmittags.

Rückfahrt: Abends 1/2 7 Uhr.

Abends 8 Uhr:

### Gemüthliches Beisammensein in der Linde.

Der Vorstand.

Am Sonntag abend kam von der Bank gegenüber dem Rathaus ein

## Schirm

abhanden. Der Täter, welcher erkannt ist, wird erucht, denselben im Gasth. z. Hirsch abzugeben, andernfalls gerichtliche Anzeige erfolgt. 232

## Wohnung

von 4 Zimmern

## oder Wohnhaus

oder Bauplatz gesucht.  
Off. an die Exp. ds. Bl. unter Nr. 236.

## Zu verkaufen

ein Gartenschlauch,

(Friedensware),

eine Waschmange,

einen Gartentisch,

zum Klappen.

Miet, Laienbergstr. 186.

## Herren-Spazierstock

haben geblieben.

Donnerstag Abend zwischen 1/2 7 und 7 Uhr **Bambus-**

**Stod** an dem Theaterportal stehen geblieben. Da teures Andenken gegen gute Belohnung abzugeben. 231

Villa Jungborn.

## Frauen

verwenden bei Beschwerden und Störungen nur

**Müllers**

**Tropfen**

Wird 10-15 Tropfen 3-4 mal täglich eingenommen.

**Mik. Rath**

Sanitätsgeschäft

**Medico**

Nürnberg

Karolinenstr. 47

## LIEDERKRANZ

### Wildbad

Heute Abend im Lokal

wichtige Versammlung.

Nachher Ausschussprüfung.

Probe

für Sonntag Mittag 3 Uhr

zu einer Verdrigung.

Volljähriges Erscheinen nötig.

Der Vorstand.

## C. V.

„Edelweiß“

Heute abend

1/2 9 Uhr „Alte

Linde (Saal). Volljähriges

Erscheinen dringend notwendig.

Der Vorstand.

## Gluck-Gluck

Das bestbewährte Eier-

legemittel, wird dem

Hühnerfutter zugemischt.

„Percöl“

mit Lebertranzzusatz,

Krampfmittel f. Schweine

Vorbeugungsmittel geg.

Notlauf, erhöht die Frühlust

gemein.

Zu haben in der

Medizinal-Drogerie

**Grundner's Nachf.**

Wildberger & Co.,

67 Stuttgart 83.

Flechtenleiden

jeder Art heilt gründlich u.

dauernd Flechtenhautstein

deutsches Reichspatent

Wildberger & Co.,

67 Stuttgart 83.

## J. V. W.

Verteilung Montag vormittag.

Prima **Bodenöl**

ist wieder eingetroffen bei **Fritz Bürkle, Calmbach**

## Kunsthaar-

**Gaubenneße**

— in allen Farben

pro Stück Mk. 1.80

— bei —

**Chr. Schmid & Sohn**

König-Karlstr. 68.

Wildbad.

la. Dachpappe,

Eisenlack,

Parkettbodenwische

Schuhcreme

empfehlen **Fr. Krauss**.

Hauptstr. 148 :: Wildbad.

## Achtung!

Kaufe

Alte Oefen

und Herde,

Lumpen,

alte Bücher,

Zeitungen,

Knochen u.s.w.

zu den höchsten Preisen.

**Gg. Dörr,** Schwarzwald-

Hotel.

„Spirala“ der ideale Ersatzreifen

M. 8.50, feinv. M. 10.50

Beste Qual. je M. 1.50 mehr. Bester Be-

weis für die Güte: 3000 ansand St. verk.

**Fr. Müller,** Stuttgart 883, Borestr. 28.

## Bettmässen

Befreiung garantiert sofort. Alter

und Geschlecht angeben. Auskunft

umsonst. Versandhaus Wohl-

fahrt, München 35.3, Isabella-

straße 12.

## Karnikol

das Vorbeugungsmittel

gegen die Kaninchensterb-

lichkeit.

Zu haben in der

Medizinal-Drogerie

**Gebr. Schmit.**

Zwei Waggons

**Brennholz**

kauft Reformschule Wildbad.



## Stärke-

Wäsche

beforgt in normaler

Lieferzeit

Großwäscherei

**Schorpp.**

Annahmestelle:

**Wilwe Holz**

Wildbad, Wilhelmstr. 91.

Ev. Jünglingsverein

Sonntag nachmittag 3 Uhr

— Spielen. —

## Ev. Gottesdienst

Sonntag, den 27. Juli.

Vorm. 10 Uhr Predigt.

Stadtvicar Börich.

Nachm. 1 Uhr Christenlehre mit

den Schöner. Stadtvicar Börich.

Abends 7/8 Uhr Bibelstunde.

Stadtvicar Börich.

## Kath. Gottesdienst.

Sonntag, den 27. Juli.

7 Uhr Frühmesse.

9 1/2 Uhr Pred. und Ant. 2 Uhr

nachm. Andacht.

An den Wochentagen 7 Uhr hl.

Messe.

Beichte: Samstag nachm. von

4 Uhr an.

Kommunion: Sonntag bei der

Frühmesse und an den Werktagen

bei der hl. Messe.

## Ev. Gottesdienst

in Calmbach.

Sonntag, 27. Juli.

9 1/2 Uhr Predigtgottesdienst.

1 Uhr Christenlehre (Schöner.)

Mittwoch, 30. Juli.

8 Uhr Bibelstunde (Job).

## Landeskur-Theater

Wildbad.

Samstag, den 26. Juli

**Das Konzert.**

Lastspiel in 4 Akten von

Herm. Bahr.

Sonntag, den 27. Juli

**Dollar-**

**Prinzessin.**

Operette in 3 Akten von

Willner und Grünbaum.